

Horst Pöttker · Christiane Schulzki-Haddouti (Hrsg.)

Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt?

Horst Pöttker
Christiane Schulzki-Haddouti (Hrsg.)
unter Mitarbeit von Tobias Eberwein

Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt?

10 Jahre
„Initiative Nachrichtenaufklärung“



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieser Band erscheint mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Pressehaus NRZ (Essen).

1. Auflage Juni 2007

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Barbara Emig-Roller

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15435-0

Inhalt

<i>Anke Martiny</i> Vorwort	7
Die Top Ten der vernachlässigten Themen 2006	11
<i>Horst Pöttker</i> Recherche – chronisches Defizit des Journalismus Die INA bemüht sich um Ausgleich	15
<i>Christian Schicha</i> Vernachlässigung als Thema Nachrichtenaufklärung trotz Nachrichtenfaktoren	25
<i>Rita Vock</i> Was gilt als wichtig? Über die strukturelle Vernachlässigung von Nachrichten	35
<i>Christiane Schulzki-Haddouti</i> Auf der Suche nach dem Vernachlässigten Recherchieren für die Initiative Nachrichtenaufklärung	55
<i>Peter Ludes</i> Verdunkelungsgefahren oder Medienzivilisierung?	63
<i>Caja Thimm/Sandra Berlinecke</i> Mehr Öffentlichkeit für unterdrückte Themen? Chancen und Grenzen von Weblogs	81
<i>Johannes Ludwig</i> Investigativer Journalismus: Handwerk oder „Hohe Kunst“?	103
<i>Hubertus Gärtner</i> Investigativer Journalismus im Lokalen	121

Manfred Redelfs

„Investigative Reporting“ in den USA:

Welche Strukturen stützen den Recherche-Journalismus? 131

Carl Jensen

Thirty Years of Censored News 157

Christoph Hickmann

Von wichtigen und weniger wichtigen Geschichten. Eine Polemik 167

Statut der Initiative Nachrichtenaufklärung 173

Geschäftsordnung der Jury der Initiative Nachrichtenaufklärung 177

Die Top Ten der vernachlässigten Themen 2006

(Ausführliche Dokumentation) 179

Die Top Ten der vernachlässigten Themen 1997-2005 (Kurzfassungen) 213

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 241

Register 245

Vorwort

Anke Martiny

„Nachhaltigkeit“ – „sustainability“ – kommt als Begriff im 15 Jahre alten Langenscheidt'schen Großwörterbuch weder auf Englisch noch auf Deutsch vor. Das ist merkwürdig, denn es ist heute eines der meist gebrauchten Worte, wenn es um die Wirkung oder die Folgen gesellschaftlich bedeutsamer Handlungen geht. Hat sich die Welt so rasch verändert, dass nicht einmal große Lexika auf dem Laufenden sind?

Nachhaltig sollen Energiesparmaßnahmen wirken, „sustainable“ sollen Umweltauflagen sein, auf Nachhaltigkeit zielen zum Beispiel die Programmatik und die beabsichtigte Ausgestaltung eines Großereignisses wie des Evangelischen Kirchentages, der derzeit für den Mai 2007 in Köln geplant wird. Verschwendung ist demnach „mega-out“, Nachhaltigkeit heißt das Gebot der Stunde.

Relativ neu ist der Begriff also wohl, aber er ist weit davon entfernt, lediglich modisch zu sein. Ein Kampfbegriff ist er sicher auch nicht, obgleich er umstritten ist. Benutzt wird er vor allem von jenen, die die Gesellschaft zum Besseren verändern wollen. Aber auch kommunale Amts- und Würdenträger wissen ihn einzusetzen und auf ihre Verantwortungsbereiche anzuwenden.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ umschreibt, dass gesellschaftlich notwendige Maßnahmen oder Projekte keine Eintagsfliegen und keine Ad-hoc-Entscheidungen sein dürfen, sondern zukünftige Entwicklungen berücksichtigen und langfristig positive Veränderungen bewirken sollen. Werden Häuser oder Energieversorgungssysteme modernisiert, so soll damit nachhaltig Energie gespart werden – mit positiven Auswirkungen auf die Kosten und auf die Umwelt. Findet ein Großereignis statt, so wünscht man sich, dass seine Wirkungen nicht wie ein Feuerwerk zerknallen und verpuffen, sondern dass nach dem Ereignis Veränderungen festzustellen sind, die in der Region dankbar bemerkt werden, weil sie langfristig positive Effekte haben.

In einem bestimmten Bereich wird von Nachhaltigkeit zwar oft geschrieben und gesprochen, aber in ihm selbst sind Beiträge dazu eher selten. Das ist der Journalismus. „Nichts ist so fad wie die Zeitung von gestern“, heißt es zum Beispiel oft. Als ob es in den Zeitungen vor allem um die Neuigkeiten, die

„News“ ginge! Viele in der Öffentlichkeit stehende Menschen oder Firmen und Organisationen verlassen sich darauf, negative Medienberichte einfach mit Schweigen zu übergehen und sie „auszusitzen“, denn – wie es heißt – „morgen läuft eine andere Sau durchs Dorf“. Auch die im Halbstundentakt im Radio oder im Fernsehen gelieferten Nachrichten leisten so gut wie nichts, um den Nachrichten andere Qualitäten als den reinen News-Transport abzuverlangen.

Das hier vorliegende Handbuch der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ (INA) ist die Fortsetzung des Versuches, dem Umgang mit Nachrichten so etwas wie Nachhaltigkeit zu geben. Es geht darum, die Hektik des News-Umsatzes punktuell zu stoppen und parallel zum sich eifrig weiter drehenden Nachrichtenkarussell Haltepunkte einzurichten, wo Fragen erzwungen werden sollen: „Wie? Das war alles?“ Oder: „Und was geschieht nun weiter?“

Eigentlich sollte sich ja auch der Nachrichten-Konsument gelegentlich fragen, was denn aus einem Vorgang wurde, über den er sich vor Wochen oder Monaten geärgert oder gewundert hatte, oder auch, warum er von manchen schlimmen Dingen gar nichts (mehr) liest.

„Nachrichtenaufklärung“ ist etwas anderes als der Wetterbericht, das Horoskop oder der Veranstaltungskalender. Gemeint ist, dass die Übermittlung von Nachrichten aufklärerische Ziele verfolgen sollte oder muss. Journalisten sollten sich fragen: Warum leite ich eine Nachricht weiter? Treibt mich die Sensationslust? Will ich am Markt der Erste sein? Sodann: Welchen Zweck verfolge ich mit der Weitergabe? Möchte ich öffentlich aufrütteln und Mitstreiter gewinnen? Will ich Zusammenhänge klären und der „res publica“, also den „öffentlichen Angelegenheiten“ dienen? Schließlich: Ist es nicht meine Pflicht, zu beobachten, wie mit der von mir übermittelten Nachricht weiter umgegangen wird? Wird sie totgeschwiegen? Wer greift sie auf? Löst sie Reaktionen aus? – Genauso wichtig ist aber ein Fragenbündel, das danach sucht, warum bestimmte Nachrichten nicht übermittelt werden und warum Journalisten einzelnen Fragestellungen von Relevanz nicht nachgehen.

Die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ wurde 1997 von Medien- und Kommunikationswissenschaftlern gegründet. Sie „stellt sich die Aufgabe, Journalisten und Medien auf Themen hinzuweisen, die zu wenig oder gar nicht öffentlich gemacht werden, obwohl sie relevant sind. Die INA will über Gründe und Folgen dieser Vernachlässigung aufklären.“ So steht es im Statut der Organisation. Die Initiative schränkt die aufklärerischen Ziele also etwas ein: Ihr geht es vor allem um Themen, von denen die Medien kaum Kenntnis nehmen. Um diese ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, wird alljährlich ein Kranz aus zehn „Top-Themen“ geflochten, derer sich im jeweils vergangenen Jahr nach Meinung der Jury zu wenige angenommen hatten.

Der vorliegende Band enthält und kommentiert diese Top Ten des Jahres 2006 und liefert damit eine seit 1997 zum zehnten Mal neuerlich verbreiterte Basis für die anderen Beiträge des Buches, die sich mit den Gründen befassen, warum bestimmte Nachrichten als wichtig, andere hingegen als vernachlässigungswert betrachtet werden.

Wer heutzutage als Journalist oder auch als NGO Material in die öffentliche Diskussion einspeisen möchte, sieht sich einem harten Wettbewerb um die umkämpfte Ressource Öffentlichkeit ausgesetzt. Auch die beste Recherche bringt ein unbefriedigendes Ergebnis, wenn ihr Resultat am falschen Ort und zur falschen Zeit platziert wird. Auch hierzu bietet das Handbuch zusammenfassende Beiträge.

Die Mechanismen zu durchschauen, wo über die Wichtigkeit und Relevanz von Nachrichten entschieden wird, ist nicht jedem gegeben. Insofern kommt der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ die Rolle eines „Media Watchdog“ zu, der sich gern auch investigativer Methoden bedient. Besonders im Lokaljournalismus wächst die Bedeutung der investigativen Recherche. Die wachsende Medienkonzentration macht es ständig schwieriger, politisch belastende Resultate der Recherche öffentlich zu machen und dadurch eine Debatte zu entfachen, die die Dinge klärt. Da kann ein solcher Watchdog helfen.

Die Aufgaben unabhängiger Medien und Journalisten werden angesichts der vermachteten Marktstrukturen immer größer. Einzelne können die Verantwortung für die „Aufklärung mittels Nachrichten“ kaum mehr schultern. Umso wichtiger ist es, dass Organisationen wie die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ ihnen beispringen und zu einer laut vernehmbaren Stimme werden.

Die Top Ten der vernachlässigten Themen 2006¹

1. Fehlende Therapieplätze für Medikamentenabhängige

1,4 Millionen Menschen in Deutschland sind von Medikamenten abhängig. Therapieplätze gibt es jedoch nur für die rund 1,7 Millionen Alkoholkranken und die knapp 300.000 Menschen, die von illegalen Drogen abhängig sind. Auch sind die Therapieangebote nicht auf die Bedürfnisse der von psychotropen Medikamenten Abhängigen zugeschnitten: Sie werden meist im Alkoholentzug therapiert, der nicht auf ihre besonderen Probleme ausgerichtet ist. Obwohl der Suchtbericht 2006 der Bundesregierung die Versäumnisse benennt, fehlen in der Berichterstattung Hinweise auf das völlig unzureichende Angebot an Therapieplätzen und die möglichen Ursachen dafür.

2. Über eine Million politische Gefangene in China – unmenschliche Haftbedingungen und Organhandel?

Dass es Menschenrechtsverletzungen in China gibt, ist in der Öffentlichkeit bekannt. Kaum bekannt ist das Ausmaß: Die Zahl der politischen Gefangenen in China liegt nach Schätzungen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte deutlich über einer Million – eine Zahl, die von Wirtschaftsmeldungen oder der Vorfreude auf die Olympischen Spiele 2008 in Peking verdrängt wird. Zunehmend gelangen Berichte in den Westen, dass Proteste blutig unterdrückt werden sollen. Auch nehmen Meldungen zu, nach denen Hingerichteten die Organe entnommen und diese dann verkauft worden sein sollen. Die chinesische Pressezensur hat notwendige weitere Recherchen bislang massiv erschwert.

1 Eine ausführliche Dokumentation dieser Top-Ten-Liste sowie eine Übersicht über die Top-Themen der Jahre 1997 bis 2005 finden sich in einer separaten Aufstellung auf den Seiten 179-239.

3. Stromfresser Internet

Klick für Klick, Mail für Mail verbraucht das Internet gewaltige Mengen Strom. Bereits im Jahre 2010 werden dafür – wenn die Energieeffizienz nicht steigt – voraussichtlich drei Atomkraftwerke laufen müssen. Während Energiesparen zu Hause längst populär geworden ist, ist dies in vielen Rechenzentren kaum ein Thema. Verbraucher machen keinen Druck für energiesparende Serverfarmen, weil deutsche Medien darüber kaum berichten. Das Thema ist in seiner gesamten Bedeutung – abgesehen von einer kurzen Themenkarriere im Jahr 2003 – in den deutschen Medien vernachlässigt worden.

4. Biowaffen aus dem Internet

Gefährliche Krankheitserreger lassen sich aus frei über das Internet erhältlichen Gen-Sequenzen zusammensetzen. Dieser Versandhandel unterliegt keiner wirkungsvollen Kontrolle. Terroristische Organisationen mit entsprechender Kenntnis und Ausrüstung könnten so zum Beispiel in den Besitz des Pocken-Virus gelangen, gegen den es keinen ausreichenden Impfschutz mehr gibt. Eine internationale Biologen-Konferenz hat bereits im Mai 2006 vor der Gefahr eines Missbrauchs gewarnt. Die Berichterstattung über dieses Thema ist im Vergleich zu seiner Brisanz gering.

5. Wenn Insider Alarm schlagen – Whistleblower haben in Deutschland einen schweren Stand

Von Korruption bis zum Gammelfleisch: Missstände in Unternehmen werden oft erst dadurch bekannt, dass Mitarbeiter sich an die Öffentlichkeit wenden. Im internationalen Vergleich haben es so genannte Whistleblower in Deutschland jedoch schwer. Sie werden nicht nur als Denunzianten hingestellt, sondern haben auch – anders als etwa in den USA oder in Großbritannien – keinen besonderen Rechtsschutz. Medien berichten vereinzelt über firmeninterne Maßnahmen wie Korruptions-Hotlines, nicht aber über die prekäre Rechtslage.

6. Keine Zukunft für die Sahrauis

Die Sahrauis leben seit mehr als 30 Jahren in Flüchtlingslagern in der Westsahara. Marokko blockiert jede Bemühung, den Konflikt mit der Befreiungsbewe-

gung Polisario öffentlich werden zu lassen. Die UNO versucht vergeblich, die Konflikt-Parteien zu einer Lösung zu führen. Hilfsorganisationen wie Medico International ziehen sich zurück. Das Schicksal der Sahrauis stand 2002 stellvertretend für vergessene Kriege an der Spitze der vernachlässigten Themen der Initiative Nachrichtenaufklärung. Heute können die Sahrauis als das vergessene Volk bezeichnet werden.

7. MEADS: Auf welche Berater verließ sich die Bundesregierung?

Laut einem WDR-Fernsehbeitrag hat die rot-grüne Regierung vor ihrer Entscheidung, das umstrittene Raketen-Abwehrsystem MEADS mitzufinanzieren, drei Politikberater konsultiert, die Verbindungen zum beteiligten EADS-Konzern hatten. Die anteiligen Entwicklungskosten für MEADS belaufen sich für Deutschland auf voraussichtlich eine Milliarde Euro. 2008 steht die Entscheidung über die Beschaffung an. Die Verbindungen wurden nur in einem Bericht des WDR-Magazins „Monitor“ aufgedeckt. Eine weiter gehende Berichterstattung, eine Überprüfung der vorgelegten Analysen oder eine breite öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit des Rüstungsprojekts stehen aus.

8. Agrarsubventionen: EU verhindert rechtzeitige öffentliche Debatte

Obwohl im Herbst letzten Jahres die Offenlegung aller Informationen über EU-Agrarsubventionen auf europäischer Ebene für 2007 beschlossen wurde, werden sie der deutschen Öffentlichkeit weiterhin vorenthalten. Von den Medien weitgehend unbemerkt, hat die EU auf Druck einiger Mitgliedsstaaten die Pflicht zur Veröffentlichung der Agrarbeihilfen mittlerweile auf das Jahr 2009 verschoben, obwohl 2008 eine Neuverhandlung des EU-Haushalts und der Agrarsubventionen geplant ist. Offenbar möchte man verhindern, dass Informationen bereits vor der Neuaushandlung des EU-Agrarhaushalts ans Licht kommen.

9. Öl-Konzern hintertreibt Klimaschutzpolitik

Exxon Mobil betreibt intensive Lobbyarbeit in Brüssel und in Deutschland, um eine Lockerung der Klimaschutzprotokolle zu erreichen. Deutsche Medien haben darüber kaum berichtet.

10. Pauschale Bonitätsprüfung

Der Scorewert ist ein umstrittener, rein statistischer Wert, der vor allem Banken für eine Beurteilung der Bonität eines Kunden dient. Die Verbraucher sind über diese Bewertungskennzahlen oft nicht informiert und können daher auch keine Fehler korrigieren. Sofern sie wissen, wie der Wert zu Stande kommt, ist ihnen meist nicht klar, dass sie das Recht haben, auch gezielt nachzufragen, um ihre Kreditwürdigkeit zu verbessern. Die Aufklärung über die Kennzahlen zur Kreditwürdigkeit sollte in einem kooperativen Stil zwischen Banken und Kreditkunden geschehen. Das Thema ist wichtig, weil es Millionen von Bankkunden betrifft und zur Transparenz und Vertrauensbildung in der Beziehung zwischen Banken und ihren Kunden beiträgt.

Recherche – chronisches Defizit des Journalismus

Die INA bemüht sich um Ausgleich

Horst Pöttker

Die Recherche ist ein Stiefkind des Journalismus. Das gilt besonders in totalitären und autoritären Systemen, die Journalisten die Gegenstände der Berichterstattung vorschreiben, anstatt sie selbst danach forschen zu lassen. Aber auch in liberal-demokratischen Systemen kommt die Recherche leicht zu kurz, besonders unter den Bedingungen einer ökonomischen Medienkrise. Im Folgenden stelle ich zunächst die durchweg defizitäre Situation der Recherche dar, frage dann nach den Gründen dafür und überlege am Schluss, was getan werden kann, um die Recherche zu fördern.

Dabei verstehe ich unter *Recherche* eine eigenständige, bewusste, planvolle und erlernbare Handlungsweise von Journalisten, welche unter Verwendung professionell standardisierter Techniken darauf zielt, zutreffende und umfassende Informationen über Themen, Publikum oder Vermittlungsmöglichkeiten zu gewinnen und hinsichtlich der Wahrheitsdimensionen Richtigkeit und Vollständigkeit auf transparente Weise zu kontrollieren.

1. Ausgangslage: Wie stellt sich die Situation der Recherche dar?

Im Journalismus kommen immer wieder spektakuläre Fehlleistungen vor, weil Journalisten sich in ihrer Berichterstattung auf das verlassen, was sie selbst oder ihr Publikum gern glauben, anstatt sich allein an Logik und eigene oder fremde, aber jedenfalls intersubjektiv überprüfbare empirische Wahrnehmungen zu halten. Ein aktuelles Beispiel: Am 13. Juli 2004 brachten viele deutsche Zeitungen als Aufmacher einen sensationellen Bericht über einen antisemitischen Überfall in Paris; z. B. die „Frankfurter Rundschau“:

Rassistischer Überfall schockiert Frankreich

Frau mit Hakenkreuzen beschmiert / Antisemitismus nimmt stark zu

Von Hans-Helmut Kohl

Mit großer Empörung hat die französische Öffentlichkeit auf einen antisemitischen Überfall reagiert, bei dem in einem Pariser Vorortzug eine Frau mit ihrem Baby von Jugendlichen aus-

geraubt und mit Hakenkreuzen beschmiert wurde. Mitreisende hatten untätig zugesehen. (...) „Sie hat um Hilfe gerufen, aber es gab keine Reaktion“, schrieb am Montag die Zeitung *Le Figaro*. Sechs Jugendliche nordafrikanischer Abstammung hatten die Frau am Freitagvormittag in der voll besetzten Regionalbahn-Linie D des Pariser Verkehrsverbundes RER angegriffen. Mit Messern zwangen sie die 23-Jährige, ihre Geldbörse herauszugeben. Als sie in ihrem Personalausweis entdeckten, dass sie in dem wohlhabenden 16. Pariser Arrondissement gemeldet war, beschimpften die Täter die Frau als Jüdin, schnitten ihr Haarbüschel vom Kopf, schlitzten ihre Kleidung auf und beschmierten mit einem Filzstift den Bauch ihres Opfers mit Hakenkreuzen. Beim Davonlaufen kippten sie den Kinderwagen mit dem 13 Monate alten Baby um. Als das Opfer Anzeige erstatten wollte, wurde es weggeschickt und sollte mit einem Attest über die Verletzungen wiederkommen. Die Polizei sucht nach den Zeugen, von den Tätern fehlt bislang jede Spur.

Man beachte den durchgehend faktischen Ton. Angesichts der fehlenden Zeugen hätte ein recherchebewusster Journalist ja auch den Konjunktiv statt des Infinitivs verwenden können. Am nächsten Tag hieß es dann in derselben Zeitung, allerdings viel kleiner und ganz am Rand:

Überfall war erfunden

Der angeblich antisemitische Überfall auf eine junge Mutter in einer Pariser S-Bahn war reine Erfindung. Das vermeintliche Opfer gestand der Polizei die Lüge, teilte die Staatsanwaltschaft am Dienstagabend mit. Die Frau kam in Gewahrsam.

Ein brutaler antisemitischer Übergriff hat höchsten Nachrichtenwert, für das deutsche Publikum offenbar besonders, wenn er im Ausland geschieht. Im Übrigen ist es ein Gebot der „political correctness“, solche Schandtaten emphatisch abzulehnen. Darauf und auf die Kollegen von der Presse im Nachbarland hatten die deutschen Journalisten sich verlassen, nicht auf die Regeln der Recherche.

Ein ähnliches Beispiel war die Berichterstattung über das vermeintliche Ertränken eines türkischen Kindes durch Rechtsextreme im ostdeutschen Sebnitz im Herbst 2000, die sich bald darauf als Falschmeldung aufgrund von Lügengeschichten der Eltern des ertrunkenen Kindes herausstellen sollte. Aber auch die Berichte der US-amerikanischen Medien über vermeintliche Massenvernichtungswaffen im Irak und die allzu späte Selbstkritik der „New York Times“ wären als Beispiel zu nennen.

Wenn ich auf solche Fehlleistungen hinweise, will ich damit nicht behaupten, dass der Journalismus im Allgemeinen nichts taugt. Im Gegenteil: Er hat nicht nur große Persönlichkeiten wie Daniel Defoe, Alexander Puschkin, Upton Sinclair, Theodor Wolff, Egon Erwin Kisch oder Hanns-Joachim Friedrichs hervorgebracht, sondern auch bleibende Bestandteile unserer Kultur wie die Genres Nachricht, Reportage, Kommentar und Interview. Und beispielsweise an der Kriegsberichterstattung lässt sich zeigen: Seitdem der Journalismus sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts seiner Aufgabe bewusst geworden ist, räumliche und soziale Barrieren der gesellschaftlichen Kommunikation zu überwinden und

für wichtige Themen Öffentlichkeit herzustellen, wehren sich Journalisten dagegen, von Politikern, Militärs und anderen Mächtigen für Propagandazwecke benutzt zu werden. Die mehr oder weniger kontinuierliche Entfaltung des Unabhängigkeitsstrebens ist ein Aspekt der Professionalisierung, die eingebettet ist in den historischen Prozess der funktionalen Differenzierung, bei dem auch der Journalismus als Handlungssystem zunehmend Autonomie gewinnt und sich von anderen Handlungssystemen abgrenzt. Im Laufe dieses Prozesses bildete und bildet der Journalismus professionelle Standards, z. B. die erwähnten Genres oder berufsethische Normen nebst entsprechenden Ausbildungskapazitäten heraus, die ihm helfen, seine Unabhängigkeit gegen die Begehrlichkeiten der Mächtigen zu verteidigen.

Aber – so meine Ausgangsthese – im Vergleich mit der Entwicklung der professionellen Darstellungsformen und berufsethischen Verhaltensregeln oder im Verhältnis zur wachsenden Unabhängigkeit von Politik, Militär und anderen Handlungssystemen ist die *Recherche* als Technik der Emanzipation von *eigenen* Vorurteilen (und denen des Publikums) in der Entwicklung des Journalismus bisher vernachlässigt worden. Das gilt von Anfang an. Bereits 1712 formulierte Daniel Defoe, einer der ersten Journalisten mit professionellem Selbstverständnis, im Zuge seiner sehr weitsichtigen Kritik an Presselügen und sensationellen Aufbauschungen in der Kriegsberichterstattung seiner Zeit:

„Und was ist nun die aktuelle Lüge der Woche? (...) Ich glaube, die Meisterlüge an der Spitze des Schwarms ist die über die Truppen des Herzogs von Ormond, von denen behauptet wird, sie hätten eine Kirche niedergebrannt und darin 270 arme Einwohner des Orts bei lebendigem Leib umkommen lassen, indem man sie in das angezündete Gebäude einsperrte. Ist diese Geschichte glaubhaft? Handeln Engländer so? Ist der Herzog von Ormond ein derart blutrünstiger und barbarischer Mann? Ich kann nicht umhin, mich dies zu fragen. In welcher Zeit leben wir, dass wir so eine Nachricht durchgehen lassen?“ (Payne 1951: 74, Übers.: H.P.)

Der erste und vielleicht größte britische Journalist hat sich geirrt: Als Engländer traute Defoe dem „common sense“, dem „gesunden Menschenverstand“, wie wir Deutsche in unserer Neigung zu Naturkategorien sagen, die Fähigkeit zu, den Wahrheitsgehalt von Informationen zu erkennen, richtige von erlogenen (oder jedenfalls falschen) Nachrichten zu unterscheiden. Der gesunde Menschenverstand reicht aber nicht aus, um die Unwahrheit der Behauptung zu erkennen, Hunderte von Menschen seien von anderen Menschen in eine Kirche getrieben und dort bei lebendigem Leibe verbrannt worden. Spätestens seit Daniel Jonah Goldhagens Buch „Hitler’s Willing Executioners“ wissen wir, dass dieses Unvorstellbare bei den Todesmärschen mit KZ-Häftlingen am Ende des Zweiten Weltkriegs tatsächlich geschehen ist (vgl. Goldhagen 1996: 433). Als das US-Magazin „Life“ im Mai 1945 Fotos von diesen Verbrechen veröffentlichte, konnten viele amerikanische Bürger das nicht glauben und hielten es

für Kriegspropaganda ihrer Regierung, ähnlich wie Defoe zwei Jahrhunderte zuvor (vgl. Seubert 1996).

Ob etwas richtig ist oder nicht, bemisst sich aber nicht daran, ob wir es uns vorstellen können. Es bemisst sich allein daran, was unsere Augen sehen, unsere Ohren hören und unsere Hände fühlen. Und die Sinneswahrnehmung nimmt keine Rücksicht darauf, was Logik oder Humanität uns denkbar erscheinen lassen, zumindest wenn sie die professionelle Wahrnehmung von Journalisten ist, die ihre Unvoreingenommenheit bei der Recherche trainiert haben und nicht müde werden, sie weiter zu trainieren.

2. Problemanalyse: Welche Gründe hat die Vernachlässigung der Recherche?

Die Unterentwicklung der Recherche ist auf Ursachen zurückzuführen, die sich unter drei Kategorien subsumieren lassen.

Zunächst *ökonomische*: Im Unterschied zu den professionellen Darstellungsformen, die dem journalistischen Produkt den Weg zum zahlenden Publikum ebnen, erscheint die Recherche besonders in kurzfristiger Perspektive und bei starker Medienkonkurrenz vor allem als vermeidbarer *Kostenfaktor*: Folgt man der Idee vom Journalismus als Vermittlerberuf (vgl. Groth 1960), dann lassen sich journalistische Qualitäten in zwei Gruppen einteilen: solche, die sich mehr auf die *Gegenstände*, und solche, die sich mehr auf das *Publikum* beziehen. Zur ersten Gruppe gehören vor allem Richtigkeit, Vollständigkeit, Unabhängigkeit und Wahrhaftigkeit, die sich zur Generalqualität Wahrheit zusammenführen lassen; zur zweiten, auf das Publikum bezogenen Gruppe gehören Aktualität, Verständlichkeit und Unterhaltsamkeit, jene Eigenschaften der journalistischen Information also, die sie bei einer größtmöglichen Zahl von Lesern, Hörern oder Zuschauern ankommen lassen (vgl. Pöttker 2000).

Betrachtet man die journalistischen Qualitäten unter dem Aspekt des ökonomischen Nutzen-Kosten-Kalküls, dann liegt auf der Hand, dass die publikumsbezogenen Qualitäten zwar Kosten verursachen mögen, daneben aber auch einen erheblichen *Nutzen* haben. Im Ziel, ein größtmögliches Publikum zu erreichen, haben publizistisches Ethos und ökonomisches Kalkül eine fundamentale Gemeinsamkeit.

Die Rivalität zwischen Ökonomie und Publizistik tritt dagegen besonders bei den gegenstandsbezogenen Qualitäten zutage. Ob ein Geschehen richtig und in seinen wichtigen Komponenten vollständig ermittelt werden kann, verursacht insofern hohe *Kosten*, als es gründliche Recherche voraussetzt, während ökonomischer Nutzen, etwa eine das Publikum zum Kauf des journalistischen Pro-

dukts animierende Attraktivität, mit diesen Qualitäten – jedenfalls auf den ersten Blick – kaum verbunden zu sein scheint.

Medienunternehmer glauben daher oft, an der Recherche sparen zu können, ohne den mit ihren journalistischen Produkten erzielten Erlös zu gefährden. Das ist der erste Grund für die notorische Vernachlässigung der Recherche.

Gerade spektakuläre journalistische Fehlleistungen wie die Publikation der gefälschten Hitler-Tagebücher durch den „Stern“ zeigen freilich auch, dass sich das kurzfristige Kalkül, an der Recherche Kosten zu sparen, längerfristig ökonomisch negativ auswirken kann, weil es die Glaubwürdigkeit eines Mediums oder sogar des Journalismus insgesamt unterhöhlt. Beim „Stern“ ist die Auflage nach diesem dramatischen Professionalitätsversagen stark zurückgegangen, und im Grunde hat sich das Blatt bis heute nicht von diesem Einbruch erholt, der das Ende seiner Konkurrenzfähigkeit mit dem „Spiegel“ bedeutete.

Eine zweite Gruppe von Ursachen bilden die *psychischen*: Aufgrund der lebensdienlichen Neigung, kognitive und emotionale Dissonanzen zu vermeiden, gibt es in der menschlichen Psyche eine tendenzielle Abwehr gegen die Aufnahme von Neuem und Fremdem. Das ist seit den psychologischen Konsistenz- bzw. Dissonanz-Theorien der 1950er Jahre (vgl. Festinger 1957) bekannt und seitdem auch nicht bestritten worden, wenngleich die Folgen dieses Phänomens für die Medienrezeption heute differenzierter eingeschätzt werden als damals.

Auch für die journalistische *Produktion* hat die basale Konsistenzneigung natürlich Folgen: Bevor man recherchiert, hält man sich lieber an (vermeintlich) Bekanntes, beispielsweise an Saddam Hussein als Idealtyp eines brutalen Diktators oder an George Bush als Idealtyp eines Ölimperialisten. Im Übrigen hat nicht erst die Medienwirkungsforschung entdeckt, dass Menschen sich aus dem Grundbedürfnis nach Konsistenz heraus am liebsten mit Themen beschäftigen, zu denen sie schon eine Meinung haben, während sie das Wagnis scheuen, sich auf Neues einzulassen. Mit anderen Worten: *Menschen recherchieren nicht gern*. Wir sind mit einem Selbstschutzmechanismus ausgestattet, der die Neugier auf das Unbekannte, die Offenheit für das Unerwartete, die als Komponenten natürlich auch zur menschlichen Psyche gehören, fortwährend zu übertrumpfen droht.

Auch Journalisten haben vorgefasste Bestände an Kenntnissen und Meinungen, über die sie sich hinwegsetzen müssen, um überhaupt erfahren zu wollen, was tatsächlich der Fall ist. Dass Unbefangenheit nur bei Kindern a priori vorausgesetzt werden kann, ist wohl das höchste Hindernis für die Recherche, die tiefste Ursache für den oft beklagten Mangel an nachforschendem Journalismus.

Drittens gibt es *erkenntnistheoretische* und *gesellschaftliche* Gründe für die Vernachlässigung der Recherche: Wenn sie unterbleibt, wird das relativ selten

zum Gegenstand von Auseinandersetzungen, weil es in der Regel das *Unbemerktbleiben* von Tatsachen zur Folge hat und das Unbemerktgebliebene naturgemäß keine Aufmerksamkeit erregen kann.

Während das Zuviel-Veröffentlichen unmittelbar wahrzunehmen ist und sofort Reaktionen hervorruft, z. B. bei der Verletzung von Persönlichkeitsrechten juristische Schritte der betroffenen Person, bei einer Schwemme von Sex und Gewalt im Fernsehen eine medienethische Debatte, bleibt das Zuwenig-Veröffentlichen so lange *unbemerkt*, bis die Probleme, die bekanntzumachen gewesen wären, damit sie rechtzeitig hätten bearbeitet werden können, bereits zu bedrohlichen Folgen geführt haben.

Beispiele liefern Problemfelder wie Ökologie oder Bildungsmisere. Dass über Treibhauseffekt oder überlastete Universitäten in der Regel erst öffentlich diskutiert wird, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, geht auch darauf zurück, dass der Journalismus für die Recherchedefizite, die zu solchen Problemen beitragen, zu wenig und zu spät zur Rechenschaft gezogen wird.

Jedenfalls weniger als beispielsweise dafür, dass einige „Paparazzi“ auf Motorrädern dem Wagen der Prinzessin von Wales gefolgt sind, als dieser von ihrem alkoholisierten Fahrer in einen tödlichen Unfall gesteuert wurde. Bedenklicher als Skandale dieser Art erscheint zum Beispiel, wenn über die Risiken des Sonnenbadens erst informiert wird, seitdem Hautkrebs deutlich zugenommen hat, obwohl die gesundheitlichen Folgen des Ozonschwunds seit langem recherchierbar waren. Journalismus wird eben auch gebraucht, damit das Individuum sein Leben auf der Höhe des in der Gesamtkultur bereitstehenden Wissensvorrats bewältigen kann. Und in einer anspruchsvolleren, demokratietheoretischen Version wird er sogar gebraucht, damit mittels zeitiger Recherche und Herstellung von Öffentlichkeit beispielsweise über die Probleme der FCKW-Produktion eine Bedrohung wie der Ozonschwund erst gar nicht entsteht. Zu den für die Erfüllung dieser Aufgaben nötigen Informationen kommt es auch deshalb so selten, weil sie nicht vom Journalismus *eingefordert* werden (können), wozu die Allgemeinheit ja den Inhalt der ausbleibenden Informationen schon kennen müsste.

Neben diesem erkenntnistheoretischen Dilemma gibt es eine zweite strukturelle Ursache für das öffentliche Schweigen über das Schweigen: Mit Recherche- und entsprechenden Informationsdefiziten verstoßen Journalisten in der Regel gegen *gesellschaftliche* Interessen wie den Umweltschutz, die schwerer artikulierbar und organisierbar sind als die individuellen oder partikularen Interessen, gegen die das Zuviel-Publizieren verstößt. Das Interesse an unabhängiger, umfassender und sorgfältiger journalistischer Recherche gehört selbst zu diesen gesellschaftlichen Interessen von *strukturell schwacher Durchsetzbarkeit*.

Die Vernachlässigung der Recherche zeugt sich also über die Vernachlässigung bestimmter Themen und Probleme in der Öffentlichkeit selbst fort. Dieser Prozess wird verstärkt durch die professionellen Aufmerksamkeitskriterien von Journalisten, die auf das Publikum bezogene Qualitäten ihrer Arbeit repräsentieren, also die bekannten Nachrichtenfaktoren wie Sensation, Negativismus, Nähe usw. (vgl. etwa Galtung/Ruge 1965, Schulz 1976, Hagen 1995, Meinke 2002), die ja gleichzeitig auch Faktoren sind, die zur *Nichtbeachtung* bestimmter Kategorien von Ereignissen und Zuständen in der Öffentlichkeit führen.

3. Perspektiven: Wie lässt sich die journalistische Recherche trotzdem fördern?

Meine praktischen Schlüsse sind in der Reihenfolge der Gründe angeordnet, die ich für die Vernachlässigung der Recherche genannt habe.

Ansetzen bei den *ökonomischen Ursachen*: Wenn Medienunternehmen dazu neigen, für die Recherche wenig Ressourcen zur Verfügung zu stellen, weil sie kurzfristig betrachtet wenig zählbaren Nutzen zu bringen scheint, dann sind *Initiativen* notwendig, die sich das gesellschaftliche Interesse an der Recherche zu eigen machen und als *Lobby-Organisationen* auf die Bereitstellung von mehr privaten oder öffentlichen Mitteln für journalistische Nachforschungen hinwirken.

Solche Initiativen können an die Einsicht von Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik appellieren, dass weder Medienbetriebe noch moderne Gesellschaften ohne einen selbstständig recherchierenden Journalismus und ohne eine durch ihn bewirkte wachsame Öffentlichkeit auf die Dauer lebensfähig sind.

Es liegt auf der Hand, dass es vor allem Journalisten mit professionellem Ethos sind, die sich in Initiativen zur Rechercheförderung zusammenfinden. In Deutschland haben vor einigen Jahren, nicht zufällig während einer Medienkrise mit ihren ökonomischen Engpässen, bekannte Journalisten wie Hans Leyendecker, Christoph Maria Fröhder und Thomas Leif das „Netzwerk Recherche“ ins Leben gerufen, das sich der notorischen Unterausstattung investigativer Aktivitäten in den Medien entgegenstemmt.

Ansetzen bei den *psychischen* bzw. *anthropologischen Ursachen*: Rechercheausbildung sollte sich nicht auf die Vermittlung von Techniken beschränken. Sie sollte sich vor allem auf die Grundeinstellung der (angehenden) Journalist(inn)en zu ihrer beruflichen Aufgabe richten und die Einsicht vermitteln, dass der Wille zur Recherche der quasi biologischen Selbstbestätigungsneigung in

einem lebenslangen Prozess der persönlichen Emanzipation, der sozialen Selbstreflexion und der beruflichen Sozialisation abgetrotzt werden muss.

Wie kaum ein anderes professionelles Problem ist die mangelnde Recherche eine ständige Herausforderung für die journalistische Ethik und *Ethikausbildung*. Sie erfordert bewusste (Selbst-)Erziehung zur Offenheit auch gegenüber Themen, die einem gegen den Strich gehen. Diese Offenheit, die für die Vermittlungsleistung zwecks Herstellung von Öffentlichkeit unerlässlich ist, sollten Journalisten trainieren, bis sie zur zweiten Natur geworden ist. Dabei können sie von der Wissenschaft lernen, der traditionell die Rolle des Tabubrechers zufällt.

Die *Methodologie der empirischen Sozialforschung* stellt einen Kasten mit Kontrollwerkzeugen bereit, die ausschließlich dem Zweck dienen zu verhindern, dass der Forscher nur das feststellt, was er feststellen möchte. Viele der in der sozialwissenschaftlichen Methodologie intensiv diskutierten Probleme und gut begründeten Einsichten lassen sich auf die journalistische Recherche übertragen. Aber auch umgekehrt hat die Sozialwissenschaft von der journalistischen Recherche gelernt. Robert E. Park ist Journalist gewesen, bevor er mit 50 Jahren an die Universität von Chicago berufen wurde und dort zu einem Gründervater der modernen empirischen Sozialforschung avancierte (vgl. Lindner 1990). Die Nähe von Sozialforschung und Recherche – ich benutze gern den Begriff *Sozialrecherche* – ist ein wichtiges Argument, warum Journalistenausbildung in *Universitäten* stattfinden sollte (vgl. Klammer 2005).

Schließlich die *erkenntnistheoretischen* und *sozio-kulturellen Ursachen* für die Vernachlässigung der Recherche. Was lässt sich hier tun?

Wenn die Vernachlässigung der Recherche sich über die öffentliche Vernachlässigung von Themen quasi automatisch fortzeugt und auch selbst zu diesen in der Öffentlichkeit zu wenig beachteten Themen gehört, dann kann die Recherche durch Initiativen gefördert werden, die die Öffentlichkeit und die Medien auf solche unterbelichteten Themen hinweisen. In den Vereinigten Staaten tut das z. B. seit 1976 das „Project Censored“ an der kalifornischen Sonoma State University, das jährlich ein Jahrbuch mit 25 untergegangenen Themen veröffentlicht. In Deutschland publiziert die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ seit 1997 jedes Jahr die Top-Ten-Liste der zehn am meisten vernachlässigten Nachrichten und Themen. Solche Projekte sind ihrer Natur nach auch Projekte der Rechercheförderung.

Das „Project Censored“ wird von Sozialwissenschaftlern betrieben, an der Jury der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ sind zur Hälfte Journalisten und zur anderen Hälfte Wissenschaftler beteiligt. Die Kritik an der journalistischen Vernachlässigung von Themen nicht allein den Journalisten zu überlassen, erscheint konsequent, weil das Problem der öffentlichen Vernachlässigung eben

teilweise auch durch professionell-journalistische Faktoren (z. B. durch die Nachrichtenfaktoren) verursacht wird.

Um gut zu funktionieren, braucht auch der Journalismus etwas, für dessen Entstehen er anderen gegenüber selbst verantwortlich ist, nämlich öffentliche Kritik. Letztlich wird er es nicht von sich aus schaffen, die Recherche von ihren Fesseln zu befreien, er braucht dazu Anstöße und Hilfen von außen, auch von der ihn begleitenden und unterstützenden Wissenschaft.

Literatur

- Festinger, Leon (1957): *A Theory of Cognitive Dissonance*. Evanston (IL), White Plains (NY): Row Peterson & Co.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965): *The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers*. In: *Journal of Peace Research* 2. 1965. 64-91
- Goldhagen, Daniel Jonah (1996): *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann. Berlin: Siedler
- Groth, Otto (1960): *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik)*. Bd. 1: *Das Wesen des Werkes*. Berlin: de Gruyter
- Hagen, Lutz M. (1995): *Relevanz von Nachrichten. Messmethoden für ein zentrales Qualitätskriterium und ihre Anwendung auf Dienste von Nachrichtenagenturen*. In: *Rundfunk und Fernsehen* 43. 1995. 158-177
- Klammer, Bernd (2005): *Empirische Sozialforschung. Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten*. Konstanz: UVK
- Lindner, Rolf (1990): *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Meinke, Ulf (2002): *Die Nachricht nach Maß. Erfolg und Misserfolg von Agenturtexten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Payne, William L. (Hrsg.) (1951): *The Best of Defoe's Review. An Anthology*. New York: Columbia University Press
- Pöttker, Horst (2000): *Kompensation von Komplexität. Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe*. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 375-390
- Schulz, Winfried (1976): *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung*. Freiburg (Breisgau), München: Karl Alber
- Seubert, Rolf (1996): „A Country that Feels no Guilt or Shame“. *Das Ende des „Dritten Reiches“ im US-Magazin LIFE*. In: *Diagonal*. Heft 2/1996. 85-104

Vernachlässigung als Thema Nachrichtenaufklärung trotz Nachrichtenfaktoren

Christian Schicha

1. Gründe für die Vernachlässigung relevanter Themen

Die Herstellung von Öffentlichkeit durch die „Grundpflicht zum Publizieren“ (Pöttker 1999: 162) gehört zur Kernaufgabe des Journalismus, um Orientierung zu ermöglichen. Indem über gesellschaftlich relevante Themen berichtet wird, entsteht eine Form sozialer Integration, die für eine funktionierende Demokratie erforderlich ist, um Kontrolle und Kritik auszuüben. Die Pressefreiheit ist dabei eine notwendige Voraussetzung der freien Meinungsbildung. Gleichwohl ist die Klage über die Informationsüberflutung zu Recht weit verbreitet. Überflüssige, triviale und nichts sagende Meldungen prägen ebenfalls unsere Wahrnehmung. Die zahlreichen Fernsehkanäle und Printangebote kämpfen um die Aufmerksamkeit der Rezipienten. Daraus ergibt sich die Konsequenz: „Irgendwann sind die Kanäle der Öffentlichkeit mit Informationsmüll verstopft.“ (Pöttker 1999: 165)

Obwohl die Anzahl der Nachrichten ständig zunimmt und eher von einer Nachrichtenüberflutung als von einem Nachrichtenmangel ausgegangen werden kann, werden häufig nicht die Themen über die Medien transportiert, die gesellschaftlich relevant sind und im Verständnis eines investigativen Journalismus einer kritischen und reflektierten Form der Hintergrundberichterstattung bedürfen. Die Gründe dafür sind vielfältig:

Erstens sind viele Themen kompliziert und schwer zu recherchieren. Komplexe politische Gesetzesverfahren aus dem Finanz- oder Ökologiebereich etwa erfordern eine intensive Einarbeitung, um die Zusammenhänge zu begreifen. Diese dann noch in einer angemessenen und verständlichen Form zu vermitteln, ist eine hohe Kunst (vgl. Meyer/Schicha/Brosda 2001). Gleiches gilt für wissenschaftliche oder ökonomische Themen, die erhebliche journalistische Sachkenntnis und Vermittlungskompetenz erfordern und im Gegensatz zu etablierten Themenstrukturen wie der nationalen Politik seltener in der Berichterstattung berücksichtigt werden. Auch andere Kulturräume finden aufgrund der schwierigeren Zugänglichkeit nur wenig journalistische Beachtung (vgl. Ludes 1999).

Zweitens ergibt sich das Problem der medialen Vernachlässigung einzelner Themen aber auch aus den Interessen von Politik und Wirtschaft, die bestimmte Informationen nicht an die Journalisten weitergeben, um eine kritische Berichterstattung zu vermeiden. Geheimdienste und das Militär arbeiten lieber im Verborgenen, Störfälle in chemischen Anlagen werden von den Betreibern nur ungern publik gemacht, und die Nebeneinkünfte von Politikern werden auch nicht gerade mit großer Leidenschaft nach außen kommuniziert.

Drittens sorgen das Aktualitätspostulat und die Sachzwänge einer kommerziell ausgerichteten und unter Konkurrenzbedingungen agierenden Medienlandschaft dafür, dass eine fundierte Hintergrundrecherche in vielen Fällen ausbleibt. Oft stellen die Redaktionen den Journalisten auch nicht die dafür erforderlichen finanziellen und zeitlichen Ressourcen zur Verfügung.

Viertens lässt sich der Trend erkennen, dass Boulevard- und Verbrauchertemen bei den Rezipienten an Beliebtheit zunehmen, während kritischer Journalismus weniger häufig in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Fünftens werden auch Informationen von PR-Agenturen als Basis von journalistischen Berichten vermittelt, ohne als solche kenntlich gemacht zu werden. Dies hängt auch mit den schlechter werdenden Arbeitsbedingungen auf dem Medienmarkt zusammen.

Sechstens werden in erster Linie die Themen ausgewählt, die sich gut visualisieren lassen. Dies ist bei einem Gesetzesentwurf nicht so einfach. Bei Kriegen, Terroranschlägen oder Naturkatastrophen hingegen gibt es Bilder, die die Tragödie des Ereignisses in komprimierter Form deutlich werden lassen (oder auch in propagandistischer Absicht manipulativ eingesetzt werden können).

Siebtens neigen Medien dazu, komplexe Ereignisse zu personalisieren und die Geschehnisse im eigenen Land stark in den Fokus ihrer Berichterstattung zu rücken.

Achtens sorgen Nachrichtenfaktoren dafür, dass bestimmte Themen in der Berichterstattung zu Lasten anderer privilegiert werden. Dabei sind „etablierte Themenstrukturen, Ereignisregionen, Schlüsselwörter und Schlüsselbilder“ (Ludes 1999: 172) ein immer wiederkehrender Gegenstand der Medienberichterstattung.

Dieser letzte Aspekt der medialen Selektionsfaktoren wird im Folgenden ausführlicher erörtert.

2. Nachrichtenfaktoren

Die Resonanzzuweisung und Problemdeutungskapazität durch die Medien erfolgt durch spezielle Techniken. Die Beteiligungs- und Austauschprozesse in der Medienöffentlichkeit sind von den Vermittlungsleistungen der Medien abhängig. Sie orientieren sich dabei an den „spezifischen Bedingungen der Nachrichtenproduktion, von Nachrichtenfaktoren, Medienformaten und anderen medienspezifischen Einflüssen auf die Informationsverarbeitung“ (Schulz 1998: 64).

Der *Agenda-Setting-These* zufolge wird die Berichterstattung vor allem durch die allgemeine Präferenzordnung der Themenauswahl und ihrer Darstellung beeinflusst. Dabei erhalten die Sachthemen, über die in der Berichterstattung prononciert berichtet wird, eine höhere Aufmerksamkeit als die Themen, die nur am Rande erörtert werden. Die Zuwendung zu einem Thema hängt dabei von der medialen Darstellungsfähigkeit in Bezug auf den Nachrichtenwert ab. Die Medien greifen aus dem breiten Spektrum der vielfältigen Themenangebote diejenigen heraus, die in Konkurrenz zu anderen potenziellen Angeboten besonders interessant erscheinen. Davon hängen schließlich die formale Gestaltung, die Aufbereitung, der Umfang und die Qualität der Berichterstattung ab. Massenmedien verbreiten immer nur in begrenztem Maße Informationen an ein disperses Publikum mit verschiedenen Interessen und Vorkenntnissen. Dies erfolgt vor allem durch spezifische Anreize, die dazu führen sollen, eine Orientierung an dem Interesse des Publikums für eine bestimmte Meldung zu erhöhen.

Die Nachrichtenfaktoren bestimmen den Nachrichtenwert eines Ereignisses. Umso mehr Faktoren auf ein Ereignis zutreffen, umso wahrscheinlicher kann davon ausgegangen werden, dass es zu Schlagzeilen führt (*Additivitätshypothese*). Sofern einzelne Kriterien nicht oder nur gering vorhanden sind, müssen andere Nachrichtenfaktoren dieses ausgleichen, damit ein Ereignis zur Nachricht wird (*Komplementaritätshypothese*) (vgl. Zühlsdorf 2002).

Die Bestimmung von Nachrichtenfaktoren gilt seit langem als journalistisches Auswahlkriterium im Rahmen der Berichterstattung.² Es lässt sich festhalten, dass die Ereignisse, die sich langfristig aufgrund von hohen Nachrichten-

2 Darüber hinaus bildet auch die ideologische Ausrichtung der Medien einen zentralen Faktor für die Auswahl von Themen. Die *Medienbiashypothese* geht davon aus, dass Medien bestimmte Berichte nicht berücksichtigen, da sie ihrer redaktionellen bzw. politischen Linie widersprechen. Dabei müssen die Journalisten sich nicht selbst parteipolitisch äußern, sie können jedoch durch die Privilegierung bestimmter Zeugen, die eine von der Redaktion präferierte Haltung vertreten, eine entsprechende Richtung vorgeben (vgl. Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998).

werten etabliert haben, eine hohe Chance besitzen, auch zukünftig eine starke Medienbeobachtung zu erzielen (vgl. Schulz 1976: 88f.). Insgesamt lässt sich eine Differenz zwischen folgenden Nachrichtenfaktoren aufzeigen:

- Status der Akteure (Elite-Nationen, institutioneller Einfluss, Elite-Personal)
- Zeit (Dauer und Thematisierung des Geschehens)
- Relevanz (Nähe des Ereignisses, Ethnozentrismus, Tragweite, Betroffenheit)
- Dynamik (Überraschung, Ungewissheit, Vorhersehbarkeit, Frequenz)
- Konsonanz (Stereotypie, Thematisierung, Kontinuität)
- Valenz (Aggression: Berichte über Konflikte, Kriminalität, Schäden und Erfolge)
- Identifikation (Personalisierung eines Ereignisses und Ethnozentrismus)
- Human Interest (Personalisierung und Emotionalisierung)
- Nationale Zentralität (hohe politische und wirtschaftliche Macht)
- Persönlicher Einfluss (Personalisierung und persönliche Macht)
- Kriminalität (rechtswidrige Handlungen)
- Schaden (von Personen und Sachen)
- Erfolg (vorteilhafte politische, wirtschaftliche, soziale und wissenschaftliche Ereignisse)³

Weitere Faktoren schließen sich an: So wird die *Aktualität* oftmals durch die Inszenierung von Pseudoereignissen bewerkstelligt, die im Rahmen eines Ereignismanagements (vgl. Kepplinger 1992, Berens 2001) u. a. durch Pressekonferenzen eingeleitet wird. Die Planung und Ausrichtung derartiger Ereignisse wird ausschließlich zu Zwecken der Berichterstattung in den Medien verfolgt und kommt den massenmedialen Produktionsbedingungen in der Regel sehr entgegen, da derartige Auftritte planvoll umgesetzt werden.

Die Nachrichtenfaktoren *Elite-Status* und *Prominenz* verleihen den Vorkommissen einen besonderen Stellenwert, bei denen die Personalisierung politischer Persönlichkeiten eine besondere Rolle spielt.

3 Luhmann (1979: 39f.) setzt bei seiner Analyse der Entstehung der öffentlichen Meinung folgende Regeln voraus, die bei der Verteilung von Aufmerksamkeit und der Themenbildung zugrunde gelegt werden können: überragende Priorität bestimmter Werte (z. B. Frieden, Unabhängigkeit der Justiz), Krisen oder Krisensymptome (z. B. Hungersnöte, Gewalttaten), Status des Absenders einer Kommunikation (z. B. politische Führer, Prominenz), Symptome politischen Erfolges, die Neuheit von Ereignissen, Schmerzen oder zivilisatorische Schmerzsurrogate (z. B. Geldverluste, Haushaltskürzungen, Positionsverluste).